

- 3. Novellierung des Polizeigesetzes auf dem Weg
- 4. DGB-Vorstand trifft Ministerrat
- 5. Würdiges Gedenken für getötete Polizisten
- 6. Gesundheitsschutz: Toner, Tinte, Wachs, Gel ...?
- 7. Kommunal- und Verwaltungsreform, DGB bei Roger Lewentz
- 8. FDP teilt GdP-Auffassung zur 64er Liste
- 9. Leserbrief zur AMOK-Konferenz
- 10. Rheinland-Pfälzerin Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE

1. 208: Bruch lädt Gewerkschaften und Berufsverband zu Gespräch ein Brandaktuell: Die heiße Phase der Gespräche beginnt. Innenminister Karl Peter Bruch hat heute DPolG, BDK und GdP zu einem gemeinsamen Gespräch für Mittwoch den 5. Mai eingeladen. Bereits bei den teils erbitterten Diskussionen um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit in den Jahren 2003 und 2004 hatten alle drei Berufsvertretungen gemeinsam Position bezogen. Wir dürfen gespannt sein, welche "Ergebnisse und möglichen Konsequenzen aus der Evaluation des § 208 LBG, insbesondere auf der Basis des Ihnen vorliegenden Berichtes von Herrn Prof. Dr. Nachreiner" von Minister Bruch eingebracht werden. Die GdP geht bis ins Detail vorbereitet in die Gespräche!

2. CDU: Lebensarbeitszeit und Haushalt

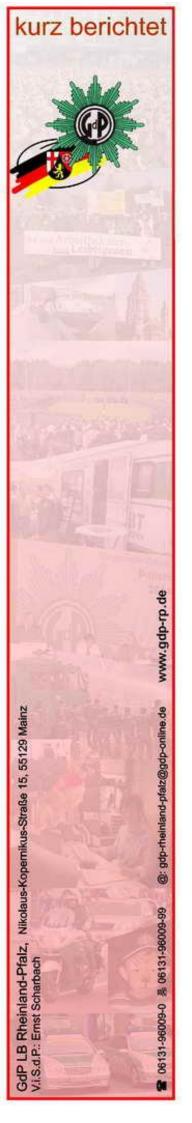
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz

墨 06131-96009-99



Ernst Scharbach, Matthias Lammert, Heinz Werner Gabler, Margarethe Relet, Marlies Kohnle-Gros, Adolf Kessel

Die Neuerungen im Landesbeamtengesetz und hierbei insbesondere die Vorstellungen der CDU und der GdP zur Evaluation des § 208 LBG - der Verlängerung der



Lebensarbeitszeit bei der Polizei - waren die wichtigsten Gesprächsthemen. **Ernst Scharbach** erläuterte die Einschätzung der GdP, dass auf Grund der unterschiedlichen Vorschläge lediglich ca. 40-50 Kollegen zusätzlich in Pension gehen werden. Aus Sicht der GdP sei dies keine dramatisch hohe Zahl und für den Dienst verkraftbar – zumal sicherlich bevorzugt eingeschränkt Dienstfähige die gesenkte Altersgrenze nutzen werden, während Fitgebliebene auch Chancen zur freiwilligen Verlängerung der Dienstzeit in Anspruch nehmen werden.

Diskutiert wurde ebenfalls der aktuelle Vorschlag der CDU in Hessen, die Lebensarbeitszeit der hessischen Polizei für alle (also ohne Trennung zwischen gehobenem und höherem Polizeidienst) auf 62 anzuheben, plus Faktorisierung der Zeiten im Wechselschichtdienst u.ä.

Heinz Werner Gabler und **Margarethe Relet** übermittelten die Forderungen der GdP für den Haushalt 2011, dessen Beratung im Herbst anstehen wird. MdL **Lammert** und **Kohnle-Gros**: "Die Anliegen der Polizei liegen uns am Herzen – aber wir müssen auch auf die enger werdenden finanziellen Spielräume hinweisen."

3. Novellierung des Polizeigesetzes auf dem Weg

Nach Beschluss durch den Ministerrat steht die Novellierung des rheinlandpfälzischen Polizei- und Ordnungsgesetztes (POG) vor dem Beteiligungs- und Anhörungsverfahren:

- Die Polizei soll Kontaktverbote auch aussprechen dürfen, wenn es keine Vorbeziehung zwischen Täter und Opfer gibt.
- Der automatisierte Kfz-Kennzeichenabgleich soll abgeschafft werden.
- Die Telekommunikationsüberwachung soll durch die Quellen-TKÜ ergänzt werden.
- Die Polizei soll zur Unterbrechung von Telekommunikation ermächtigt werden.
- Die Rasterfahndung soll den Vorgaben des BVerfG angepasst werden.
- Die Zeugnisverweigerungsberechtigen sollen besser geschützt werden.
- Der Zugriff auf 'informationstechnische Systeme' soll ermöglicht werden.

Minister **Karl Peter Bruch** hob die Gefahrenabwehr hervor: Es sei "unerlässlich, dass die Methoden der Sicherheitsbehörden" mit der Technik Schritt halten. **Bernd Becker**, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender: "Die GdP wird den Entwurf des POG in den Fachausschüssen der Kriminal- und Schutzpolizei bewerten und die Stellungnahme der GdP erarbeiten."

4. DGB-Vorstand trifft Ministerrat



Bundesweit einmalig und in Rheinland-Pfalz inzwischen gute Tradition: Jedes Jahr treffen sich die Vertreter/innen der Einzelgewerkschaften unter dem Dach des DGB mit **Kurt**



Beck und seinen Ministerinnen und Ministern zum Meinungsaustausch.

Die Industriegewerkschaften nutzten die Gelegenheit, die wirtschaftliche Lage der Betriebe und der Beschäftigten zu thematisieren. Besonderen Schwerpunkt legten die Ministerinnen **Malu Dreyer** und **Doris Ahnen** auf Verbesserungen bei der betrieblichen Ausbildung.

Bezogen auf den öffentlichen Dienst diskutierte die Runde die Auswirkungen der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte – und hier im Besonderen auf die Lage bei den Bediensteten von Land und Kommunen. Die Mehrausgaben durch die Krise, die Mindereinnahmen bei den Steuern und die von der ehemaligen Berliner Koalition im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse stellen Finanzminister Carsten Kühl vor große Probleme. Nach Einschätzung des GdP-Vorsitzenden Ernst Scharbach werden auch die Polizeibeschäftigten von den Einsparungen betroffen sein.

5. Würdiges Gedenken für getötete Polizisten

Seit Kriegsende wurden in Rheinland-Pfalz vierzehn Kollegen durch Rechtsbrecher während des Dienstes getötet. Die "Projektgruppe 166" der Fachhochschule Polizei beschäftigte sich in einer Auswertung der Fälle um Ursachen und Konsequenzen. Leider waren viele Akten bereits vernichtet und die Fälle mussten teils aus der Erinnerung von Kollegen rekonstruiert werden; junge und ältere Kolleginnen und Kollegen wurden nach ihren Wünschen zu Betreuung und Erinnerungskultur befragt.

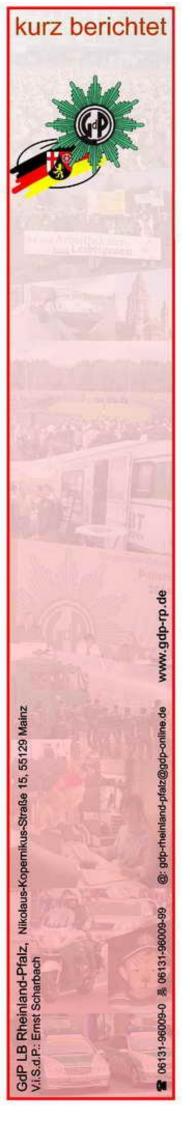
Aus den Fallanalysen und Meinungsäußerungen fertigten die Kolleginnen und Kollegen der FH eine beeindruckende Präsentation. Wir sind auf die schriftliche Version der Arbeit gespannt.

Der Landesvorstand der GdP hat zwischenzeitlich – auf Antrag des Vorstandes der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei - beschlossen, bei Ministerpräsident **Kurt Beck** die Einrichtung eines würdigen Orts des Gedenkens mit den Namen der 14 Kollegen anzuregen. Innenminister **Karl Peter Bruch** hat seine Unterstützung im Gespräch mit Ernst Scharbach bereits zugesagt.

6. Gesundheitsschutz: Toner, Tinte, Wachs, Gel ...?



Seit langem bemühen sich Becker, Bernd **Ernst** Scharbach und ganz besonders Josef Schumacher um die Verbesserung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Gemeinsam mit der Zentralstelle des Innenministeriums wurden Grundzüge für die Optimierung des Druckereinsatzes gesucht.



Die Ergebnisse können sich sehen lassen – zu beiderseitigem Nutzen: Die Gesundheit der Beschäftigten wird geschützt und das Land spart Geld.

Im Zentrum der Diskussion stehen seit Jahren die Gesundheitsgefahren, die von den unterschiedlichen Druckerarten ausgehen. Ruth Marx, Bianca Klingenschmitt, Peter Werle (ITZ) und Markus Scholz (Landesbetrieb Daten und Information – LDI) besuchten mit Vertretern des HPRP das LGA Bayern in Nürnberg, in dem die Tests für die Drucker durchgeführt werden. Sehr erhellend waren die Erläuterungen der Wissenschaftler, nach welchen Kriterien die Tests durchgeführt werden – und was von der Prüfung nicht umfasst wird. Ruth Marx, stellvertretende Leiterin der ITZ, und Ernst Scharbach zeigten sich optimistisch, dass der Leitfaden 'Optimiertes Druckerkonzept' verabschiedet werden kann. Josef Schumacher wies darauf hin, dass die Verabschiedung des besten Konzeptes nichts nutze, wenn nicht auch parallel die Umsetzung begleitet werde.

7. Kommunal- und Verwaltungsreform, DGB bei Roger Lewentz



Stubenrauch (ISM), Schroeder (ISM), Clauss (DGB), Muscheid (DGB), StS Lewentz, Euskirchen (ver.di), Scharbach (GdP)

Innenstaatssekretär Roger Lewentz und seine Fachleute diskutierten den aktuellen Stand der geplanten Kommunal- und Verwaltungsreform mit dem DGB-Vorsitzenden Dietmar Muscheid, Astrid Clauss (DGB) und Vertretern der Einzelgewerkschaften.

Muscheid mahnte die Beteiligung der Beschäftigten an den Reformschritten an. StS Lewentz betonte, dass dies von der Landesregierung ebenso gesehen werde. Bisher

seien keine Probleme aufgetreten. Personalverschiebungen sollen nur freiwillig erfolgen.

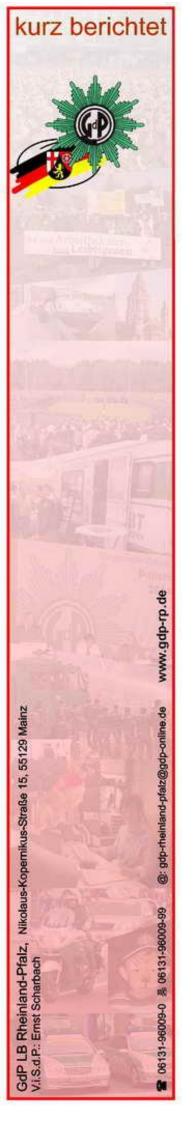
Ernst Scharbach forderte für die GdP erneut den Verzicht auf die Aufgabenübertragungen an die Kommunen (Überwachung des fließenden Verkehrs) und lehnte die Verlagerung der Zuständigkeit im Waffenrecht auf die Verbandsgemeinden ab. Zustimmung der GdP findet der Vorschlag, das Versammlungsrecht den Kreisverwaltungen zuzuweisen.

Nach Beschluss des Ministerrates am 24. April geht das Reformwerk Ende April zur 1. Lesung in den Landtag.

8. FDP teilt GdP-Auffassung zur 64er Liste

Im Hinblick auf die so genannte 64er-Liste kritisierte **Thomas Auler** die geplante Verlagerung der Zuständigkeit für die Überwachung des fließenden Verkehrs und sonstigen Verkehrsüberwachung von der Polizei auf die Kommunen.

"Verkehrskontrollen dienen nicht nur dazu, Verwarnungsgeld zu kassieren, sondern sind auch Teil der Verkehrserziehung", sagte Auler. Es bestehe die Gefahr, dass die



Überwachung in Zukunft "nach Kassen- und nicht mehr nach Gefahrenlage" erfolge. Außerdem gingen wichtige kriminalpolizeiliche Erkenntnisse verloren, die die Polizei bei solchen Verkehrskontrollen quasi "als Nebenprodukt" mit gewinne. "So mancher per Haftbefehl gesuchte Verdächtige wird bei Verkehrskontrollen gefasst", so Auler.



Ferner wende sich die FDP-Fraktion dagegen, waffenrechtliche Erlaubnisse von den Kreisverwaltungen auf die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden zu verlagern. "Während die EU auch vor dem Hintergrund von 'Amokläufern' die Einrichtung eines zentralen Waffenregisters bis spätestens 2014 fordert, will die SPD-Landesregierung die Zuständigkeit für die

Ausstellung von Waffenscheinen und Waffenbesitzkarten zersplittern", kritisiert Auler den Gesetzentwurf der Landesregierung.

9. <u>Leserbrief zur AMOK-Konferenz</u>

"Werte Kollegen,

gestern durfte ich an der AMOK Konferenz teilnehmen.

Es war die zweite Veranstaltung der GdP mit dienstlichem Hintergrund, an der ich nun seit Mitte 2009 teil nahm (die andere befasste sich mit dem Thema Social Networks)

Ich bedanke mich ausdrücklich für die starke logistische Leistung, die Durchführung und Leitung des doch sehr aktuellen Themas und für die Arbeit der GdP insgesamt, damit wir am Ball des Zeitgeschehens bleiben.

Ich freue mich auf weitere spannende Seminare.

(Weiter-)Bildung schadet nie.

Mit kollegialem Gruß

Dieter"

10. Rheinland-Pfälzerin Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE

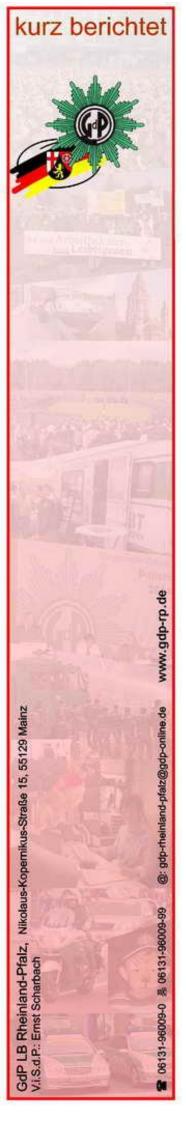
13. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei wählt neuen Vorstand: Sabrina Kunz zur neuen Bundesjugendvorsitzenden gewählt



Potsdam. Mit großer Mehrheit wählten die 111 Delegierten der 13. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam die 29jährige Koblenzerin Sabrina Kunz zur neuen GdP-Bundesjugendvorsitzenden. Sie folgt dem Niedersachsen Sascha Göritz im Amt, der die für Junge-Gruppe-Funktionsträger geltende Altersgrenze von 35 Jahren überschritten hat und daher nicht mehr zur Wiederwahl antreten konnte.

Auch die weiteren sieben Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Bundesjugendvorstands konnten hohe Wahlergebnisse

erzielen und dankten den Delegierten für den großen Vertrauensvorschuss.





Der neue Geschäftsführende GdP-Bundesjugendvorstand (v.l.): Lars Jährmann (Schriftführer), Jochen Zeng (Stell. Bundesjugendvorsitzender), Sabrina Kunz (Bundesjugendvorsitzende), Sebastian Sieler (Stell. Bundesjugendvorsitzender), Caroline Manicke (Stellv. Bundesjugendkassiererin), Jens Berner (Stell. Bundesjugendvorsitzender),Fabian Heike (Bundesjugendkassierer) und Daniel Käbisch (Stellv. Schriftführer). Foto: Holecek

Ernst Scharbach: "Die rheinland-pfälzische GdP freut sich sehr, mit Sabrina Kunz erneut an vorderster Stelle im Bund vertreten zu sein. Wir gratulieren zur Wahl!" Sabrina und Ernst gehören nunmehr gemeinsam dem GdP-Bundesvorstand an.

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!

PSW 06131/96009-23 oder -31

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/
Internetapotheke: http://gdp-rp.vitaware.de (ohne "www")
Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de
Schuhe kaufen zu 15% Rabatt: www.schuhe123.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz www.gdp-rp.de Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de